
Grundlagen der Vergleichenden Politikwissenschaft

Aus politischer Sicht ist es stets relevant, ob ein Land klein oder groß ist. Indikatoren, um hierüber eine Aussage treffen zu können, sind neben der Bevölkerungszahl auch die Landesgröße und die Heterogenität der Bevölkerung. Letztere beispielsweise reagiert auf politische Entscheidungen in kleinen Ländern für gewöhnlich anders als in großen.

Festzustellen ist allerdings, dass nicht nur kleine Demokratien, zu denen die Schweiz zählt, sondern auch große, wie die U.S.A., direktdemokratische Elemente aufweisen. Des Weiteren stehen große Länder wie Deutschland, Frankreich, die U.S.A., Russland, Indien, Kanada und Australien für den fehlenden Föderalismus. Die „kleinen Ausnahmen“ in Bezug auf dieses Unterscheidungsmerkmal bilden Österreich, die Schweiz und Belgien.

Konkordanzdemokratien sind hauptsächlich in kleinen Ländern zu finden, z.B. der Schweiz, und besonders dann, wenn die Bevölkerung eine heterogene Struktur aufweist. Ferner kann man davon ausgehen, dass eher große Länder aufgrund ihrer Wirtschaftskraft größere außen- und wirtschaftspolitische Handlungsspielräume aufweisen, sowie, dass sich kleine Staaten an ihren größeren Nachbarstaaten orientieren. Als Beispiele hierfür können Belgien und Österreich genannt werden, die es Frankreich und Deutschland gleichtun.

Die Demokratie-Geschichte:

Aristoteles unterscheidet in seinem Modell auf der Suche nach der bestmöglichen Verfassung 3 „rechte“ und 3 „entartete“ Verfassungsformen eines Staates. Monarchie, Aristokratie (Herrschaft weniger) und die Volksherrschaft/Timokratie (Herrschaft vieler) sieht er dabei als rechte Formen an, im Gegensatz dazu die Tyrannei, Oligarchie (Herrschaft einer kleinen Gruppe) und extreme Demokratie als Formen der Entartung und Gesetzlosigkeit.

Dabei gilt die Staatsform als gut, die dem Gemeinwohl dient, als entartet die, die nur die Interessen der jeweils Herrschenden verfolgt.

Rousseaus Staatsideal spiegeln kleine Demokratien wider, in der die Gleichheit der Bürger und die gemeinsame Staatsreligion ausschlaggebend sind. Die Volkssouveränität in Form der *Volonté Générale* steht bei ihm an erster Stelle.

In den „*Federalist Papers*“ stellt die Republik die beste Staatsform dar. Hamilton, Madison und Jay vertraten die Meinung, dass die Demokratie in einer repräsentativen Republik die Meinungsvielfalt für politische Freiheit fördere und aufgrund der Regierungsverantwortung einer kleineren elitären Mehrheit Unterdrückung nahezu unmöglich sei. In diesem Modell sollte das Ziel der Regierung in der Schaffung von Gerechtigkeit bestehen.

War der Begriff der Volksherrschaft bislang in zwei verschiedene Perspektiven gegliedert, nämlich die der Herrschaft *durch* das Volk und die der Herrschaft *für* das Volk, geht man heute bei der Begriffsverwendung meist davon aus, dass es sich um erstere handelt. Dies ist auch im Grundgesetz der Bundesrepublik, Art.20, 2 fest verankert. Hier wird konstatiert, dass „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“.

Da wir im Seminar über „Kleine Demokratien“ sprechen, ist weiterhin auch der Grad der Demokratie eines Landes interessant. Die Demokratie-Indikatoren helfen aufgrund kritischer Hinterfragungen bei der Beantwortung u. a. der Fragen, ob Wahlen alleine ausreichen, um ein Land als demokratisch zu bezeichnen oder aber, ob eine Wahl frei, gleichberechtigt, etc. in einem Land abläuft.

Die 4 folgenden Indizes können dabei angewendet werden:

1. Die Polyarchy-Skala von Dahl geht nach folgenden Fragestellungen vor:
 - herrscht eine aufklärerische Willensbildung vor oder ist diese staatsgelenkt?
 - wird durch eine Wahl die politische Agenda beeinflusst?
 - wie wirksam ist die Partizipation?
 - besteht die Möglichkeit der Abwahl der Regierung?
 - finden die Wahlen regelmäßig, fair, allgemeingültig und gleichberechtigt statt?
2. Der Vanhanen-Index wird eher kritisch bewertet, da es zunächst Grundvoraussetzung ist, dass in einem Land viele gleichberechtigte und annähernd gleichgroße Parteien bestehen. Ferner handelt es sich hierbei um einen technischen Index, der lediglich Vorteile in Hinblick auf die Ausrechenbarkeit und Vergleichbarkeit einzelner Staaten liefert.
Bei diesem Index finden drei Formeln Anwendung:
 - Die Formel für den Index der Demokratisierung lautet $D = (P \times W) / 100$
(P = Partizipationsgrad; W = Wettbewerbsgrad)
 - Die Größe der Partizipation kommt durch die Formel $P = Z / B \times 100$ zum Ausdruck
(Z = Zahl aktiver Wähler; B = Bevölkerungszahl)
 - Der Wettbewerbsgrad wird mittels der Formel $W = 100 - S$ gemessen
(S = Stimmenanteil der bei der letzten Wahl stärksten Partei)Die Kritik an diesem Index wird am Beispiel der U.S.A. deutlich. Sie schneiden aufgrund ihres 2-Parteien-Systems relativ schlecht im Vergleich zu anderen Staaten ab.
3. Der Gurr und Jagger-Index besagt, dass das Bestehen von Institutionen und Prozessen für die Bildung der freien Meinung und damit Existenz einer Demokratie ebenso entscheidend ist, wie die institutionelle Begrenzung der Exekutive. Auch geht mit einer Demokratie die Garantie der Bürger- und Freiheitsrechte für alle Staatsbürger einher.
4. Der Freedom-House-Index unterteilt Staaten in "free countries", "partly free countries" und "not free countries" und orientiert sich dabei an den jeweiligen Verfassungen.
Dieser Index gibt beispielsweise an, dass im Jahr 1999 89,8 % der Menschen in Demokratien gelebt haben und davon der größte Teil in Indien.

Um jedoch eine normative Bewertung der Skalentypen vornehmen zu können, ist sowohl zu berücksichtigen, dass eine gemeinsame (kulturelle) Vorstellung der Länder von grundlegender Bedeutung ist, als auch, dass sich die gemessenen Werte an westlichen Maßstäben orientieren.

Legitimität, also die Akzeptanz durch die Bevölkerung eines Landes, bzw. die Akzeptanz für die Regierenden durch die, die regiert werden, stellt einen weiteren wichtigen Faktor bei der Bewertung des Demokratiegrades eines Staates dar.

So basiert der Fundus moderner Systeme auf den von Max Weber aufgestellten drei Formen von Legitimität. Er unterteilte in die traditionale Herrschaft (Erbherrschaft,...), die charismatische Herrschaft (Gnadengabe eines Führers) und die legale Herrschaft (Glaube an eine gesetzte Ordnung).

Bei dem anschließenden Referat wurden mit dem Vergleich von Großbritannien und den U.S.A. zwei Extrempole repräsentativer Demokratie gegenübergestellt.

Doch während sich die Verfassung Großbritanniens langjährig aus den sog. Conventions entwickelt hat (Magna Charta, Bill of Rights, Petition of Right, Habeas Corpus) und das Land den Prinzipien der Parlamentssouveränität und Herrschaft des Rechts nachkommt, trat die Verfassung der U.S.A. bereits 1789 in Kraft und beinhaltet zur Sicherung der gegenseitigen Kontrolle die „Checks and Balances“. Daneben sind weiterhin die Anerkennung von Interessenkonflikten, der Minderheitenschutz, die Festlegung des Staates auf eine repräsentative Demokratie, sowie die Verhinderung einer Tyrannei durch Mehrheit in der Verfassung der U.S.A. statuiert.

Winfried Steffani unterscheidet parlamentarische und präsidentielle Staaten. Der zentrale Punkt eines parlamentarischen Regierungssystems liegt darin, dass die Regierung gestürzt werden kann (Bsp.: Deutschland, Großbritannien, Frankreich).

Duverger brachte des Weiteren den Begriff des semi-präsidentiellen Regierungssystems an, einer Mischform aus parlamentarischem und präsidentiellen System (Bsp.: Frankreich).

Andere Standardunterscheidungen können beispielsweise hinsichtlich der Kompetenzen von Bund und Ländern getroffen werden, also eine Einteilung in Einheits- bzw. Föderalstaat.

Letztlich kam es noch zur Begriffsklärung von Effektivität und Effizienz. Unter Effektivität versteht man den Grad der Wirksamkeit, also "die richtigen Dinge zu tun." Demgegenüber steht die Effizienz, die die Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes, also das Verhältnis von Wirkung und Kosten berücksichtigt. ("Die Dinge richtig tun").

Als Beispiel fand das Gesundheitssystem Anwendung. Einerseits es eine hohe Lebenserwartung und auch –qualität, und damit eine breite medizinische Versorgung (Effektivität). Andererseits wird versucht, diese hohe Lebenserwartung mit geringen Ausgaben noch zu steigern (Effizienz).

Literatur:

- VL "Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft" - Dr. Nils Bandelow – WS 2003/04
- VL "Einführung in das politische System der Bundesrepublik Deutschland" - Dr. Nils Bandelow – SS 2003